JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

KORRESPONDENTEN
IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN



TELEGRAMM-ADRESSE:
„PRESSCENTRA ZÜRICH“

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 7 | 17. Januar 1919 | ט״ו שבט תרע״ט | Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Die Judenfrage auf dem Friedenskongress.

Leo *Hermann*, Generalsekretär des Engeren Aktionskomitees der zionistischen Weltorganisation, der während der letzten Wochen fast alle auf dem Boden der alten österreichisch-ungarischen Monarchie neuentstandenen Staaten bereist hat, um sich über die Lage der Juden und des Zionismus zu informieren, wie auch den verschiedenen Nationalräten wichtige Aufklärungen, die Vorbereitungen zur Friedenskonferenz betreffend, zu erteilen, gewährte in Krakau einem Mitarbeiter der „Gazeta Zydowska“ ein Interview, aus dem wir das Interessanteste wiedergeben: „In Prag konferierte ich mit dem Jüdischen Nationalrat des tschecho-slowakischen Staates wie auch mit der Leitung der dortigen zionistischen Organisation. Nachher begab ich mich nach Wien, wo ich mit dem Nationalrat der Deutsch-Oesterreicher und den Zionisten, sowie mit den Vertrauensmännern der Jüdischen Nationalräte und zionistischen Vetetern von Ost- und Westgalizien Beratungen pflog. Ich trat auch in Kontakt mit der zionistischen Leitung in Budapest und besprach auf Grundlage der mir von den Nationalräten in Prag und Wien mitgeteilten Informationen die Forderungen der Juden, der für den ungarischen Staat noch strittigen Gebiete.

In Ungarn hat die zionistische Organisation in letzter Zeit gewaltige Fortschritte gemacht. Die Zahl der Abonnenten des zionistischen „Zsidó Szemle“ ist aufs zehnfache gestiegen. Der „Misrachi“ hat auf einer einzigen Massenversammlung in Budapest 1000 neue Mitglieder gewonnen. Wichtig ist der Anschluss der bedeutenden Orthodoxen-Rabbiner, die das misrachistische Programm angenommen haben. Neu für Budapest ist die Organisierung der jüdischen Arbeiter. In Budapest, wie auch überall in Ungarn leben jetzt Tausende jüdischer Arbeiter aus Galizien und Polen, die sich dort während des Krieges eine gewisse wirtschaftliche Stellung erworben haben. Ausserdem gibt es eine sehr zahlreiche jüdisch-ungarische Arbeiterschicht in Mármaros. Vertreter einiger tausend jüdischer Arbeiter aus den Munitionsfabriken in Cseppel stellten sich während meiner Anwesenheit zur Disposition, nach Palästina zu emigrieren und wünschen, zu diesem Zwecke organisiert zu werden. Derzeit ist der Kontakt zwischen Budapest und den Juden in der Slowakei einerseits, und den Juden in Siebenbürgen und dem Banat andererseits, sehr erschwert. Mit den veränderten Verhältnissen rechnend und um Schutz für Leben und Gut zu finden, trat das Judentum in der Slowakei in Verbindung mit dem Nationalrate in Prag. In Temesvár und Klausenburg entstanden Jüdische Nationalräte.

Von Budapest begab ich mich nach *Zagreb* (Agram), wo ich mich mit den Vertretern der zionistischen Organisation von *Jugoslavien* beriet. Diese Organisation umfasst Kroatien, Slavonien, Bosnien und Herzegowina. Die Gründung des Südslavenreiches ergab die Notwendigkeit, diese Organisation mit der zionistischen Organisation im Königreich Serbien zu verbinden. Für den 6. und 7. Januar war nach Agram die erste Konferenz aller zionistischen Organisationen des ganzen Südslavenreiches einberufen. Die provisorische Regierung von Jugoslavien erklärte sich bereit, *das Manifest der Kopenhagener Zionistischen Organisation zu unterstützen*, was die Stellung der dortigen Zionisten ungemein verstärkt hat. Die Lage der dortigen Assimilanten ist hoffnungslos. Ein Teil kompromitierte sich infolge seiner assimilatorischen *ungarischen* Politik, während der andere Teil, der versucht *kroatische* assimilatorische Politik zu treiben, bei den Kroaten kein Verständnis findet und beim serbischen Element, das jetzt zu grösserem Einfluss gelangte, auf energischen Widerstand stösst. Die *Serben*, die während des Krieges gelernt haben Weltpolitik zu treiben, wissen auch *die weltpolitische Bedeutung des nationalen Judentums* zu schätzen.

Nach nochmaligem kurzen Abstecher in Wien begab ich mich nach Prag, wo ich am ersten Kongresse der national-gesinnten Juden der Tschecho-Slovakei teilnahm. U. a. überbrachte ich Grüsse und Wünsche der von mir besuchten nationalen Korporationen des frühern Ungarns, vor allem brüderliche Grüsse der Juden aus Jugoslavien. Die Erklärungen vieler tschechischer Abgeordneten, die an den Beratungen teilnahmen, wie auch das sympathische Verhalten des tschechischen Präsidenten bezeugen das Verständnis der tschechischen öffentlichen Meinnng für die *Forderungen des nationalen Judentums, die in Nichts den Staatsinteressen widersprechen.*

Bekanntlich besteht ein im Einverständnis mit der Friedensdelegation in London und Paris gefasstes Projekt, eine Konferenz aller jüdischen Nationalräte resp. eine Delegation der jüdischen Nationalversammlungen einzuberufen. Vertreter dieser Konferenz, die in der *Schweiz* stattfinden dürfte, werden dann die Möglichkeit haben, an der Friedenskonferenz teilzunehmen und unter Teilnahme der zionistischen Organisation die jüdischnationalen Forderungen zu vertreten. In Paris weilt bereits unser Führer *Sokolow*, der im Einverständnis mit der englischen und französischen Regierung ein Bureau für die politische Vertretung der jüdischen

Forderungen an der Friedenskonferenz, ins Leben gerufen hat. *Die Stellnng von England und Amerika gibt uns die absolute Garantie, dass die zionistisch-nationalen Forderungen Gegenstand der Beratungen an der Friedenskonferenz bilden werden.* Zur Erklärung, dass der Friede ohne Lösung der Judenfrage nicht geschlossen werden wird, war Weizmann offiziell ermächtigt worden.

Was das vorbereitete Programm anbelangt, will ich betonen, dass die Politik der zionistischen Leitung während des ganzen Krieges auf *einheitlichem* Programm beruhte, das sie während des ganzen Krieges bei allen Staaten und Regierungen *einheitlich* vertrat. Die stärkste Garantie für die Stetigkeit der zionistischen Politik bildet die Reise des Zionistenführes Dr. *Jakobson* nach London, wo in Kürze auch Dr. Schmarjahu *Lewin* erwartet wird. Dr. Jakobson kennt genau die Ansichten von Professor Warburg und Dr. Hantke und ist ermächtigt, entscheidende Beschlüsse bei den Verhandlungen zu fassen. Obwohl die zionistische Leitung überall absolutes Vertrauen geniesst, erkennt sie die Notwendigkeit, eine *legale zionistische Instanz* für die Beratung und Fassung der Beschlüsse einzuberufen. Vor allem kommt die zionistische Jahreskonferenz (kleiner Kongress) in Betracht. Sowohl die zionistischen Organisationen der Zentralmächte wie auch das Kopenhagener Bureau und die Organisationen in den neutralen Staaten, verlangen die Einberufung der Konferenz in einen *solchen Ort,* wo alle zionistische Organisationen daran teilnehmen könnten. Auch Dr. Jakobson vertritt diesen Standpunkt. Da jedoch aus technischen Gründen die Einberufung einer solchen Konferenz während dieser kurzen Zeit in eines der neutralen Länder den Anteil der Delegierten aus England und Amerika unmöglich machen würde, wurde die zionistische Jahreskonferenz für den 10. Februar nach London einberufen. Es ist sicher, dass auf dieser Konferenz keine Differenzen zwischen den zionistischen Organisationen der verschiedenen Länder, die vorher im Kriege miteinander gestanden sind, sich ergeben werden. In allen Fragen herrscht *vollste Einmütigkeit* Es ist auch bekannt, dass England nicht daran denkt, die Zionisten der vorher feindlichen Länder in irgendwelcher Weise von der Mitarbeit und von wichtigen Entscheidungen auszuschliessen. Die Staatsmänner Englands und Frankreichs wissen nämlich genau, dass *die ungeheurere weltpolitische Bedeutung des Zionismus und des nationalen Judentums auf der Solidarität des ganzen jüdischen Volkes beruht.* Diesen Gedanken verteidigten wir energisch während des ganzen Krieges gegen alle Angriffe der Assimilanten und werden ihn mit verdoppelter Kraft wahren, wo es sich um Schaffung der Grundlagen für die zukünftige Friedensarbeit handelt. Diese Jahreskonferenz wird auch Beschlüsse über den allgemeinen zionistischen Kongress fassen.

Was die *Kolonisation Palästinas* und die *Emigration* dorthin anbelangt, so wurden während des Krieges von der Leitung im Einverständnis mit Fachleuten, konkrete Pläne gefasst. Ihre Grundlage ist die Schaffung eines starken arbeitenden Elementes auf dem Boden Palästinas, das ein dauerhaftes Fundament für alle anderen wirtschaftlichen Funktionen, wie Handel, Gewerbe und Handwerk bilden muss. Bereits zur Zeit, wo die Situation noch nicht so günstig war wie jetzt, rechnete man damit, dass wir während einer einzigen Generation nach Palästina eine Million Juden überführen und sie dort an den Boden fesseln werden. Dies wird uns vor allem die Majorität im Lande sichern. Bis dahin wird unsere Arbeit *unter dem Schutz des Völkerbundes* stehen, der als ausführendes Organ, als Sachwalter, eine der Grossmächte designieren wird. Das Tempo unserer Entwicklung in Palästina hängt von unserer eigenen Arbeit ab. Die Grossmächte können uns bestenfalls Möglichkeiten geben, deren Ausnützung jedoch unsere eigene Aufgabe sein wird.

Obwohl wir auf dem einzig und allein richtigen Standpunkt stehen, dass der Zionismus nicht als Rettungsaktion für jetzt oder später aufzufassen ist, obwohl wir also den Wiederaufbau Palästinas nicht als Arbeit für die Schaffung eines provisorischen Asyls, sondern eines ständigen nationalen Heimes für das jüdische Volk auffassen müssen, trotzdem bemüht sich die zionistische Leitung, die grosse Palästinabewegung einerseits und den starken Emigrationsstrom im Osten anderseits zu berücksichtigen. Von der politischen Tätigkeit der nächsten Monate es abhängen, ob die gefassten Pläne sich verwirklichen werden. Jetzt schon bildet man überall Palästina-Aemter. Die zionistische Organisation tritt mit aller Energie gegen jede wilde Immigration auf und nimmt das ganze Auswanderungswesen in ihre Hand. Sie wird sich also *nicht nur um die Emigration nach Palästina, sondern auch um die nach allen andern Ländern kümmern.*

Nahum Sokolow.

Am 10. Januar 1919 ט׳ שבט feierte der bedeutendste jüdische Journalist und zionistische Vorkämpfer Nahum Sokolow seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlasse erlauben auch wir uns, ihm unsere Glückwünsche darzubringen.

Sokolows Stammbaum ist ein uralter und lässt sich bis zu Rabbi Nathan Schapira, dem Lehrer des „Ramo“ (Moses Isserles) verfolgen. Seine Vorfahren waren alle Rabbiner und auch Nahum war mit 16 Jahren bereits bedeutender Talmudist. Früh begann er hebräisch zu schreiben. Sein erster im „Hakol“ gedruckter Artikel hiess „Bameh madlikin“ (Womit entflammt man?). Sein geradezu ausserordentliches Sprachtalent ist bekannt. Er erlaubte sich auf einer Kommersrede einst den Spass, seinen Toast, hebräisch beginnend, deutsch, jüdisch, englisch, französisch, italienisch, russisch, polnisch fortfahrend, hebräisch wieder zu schliessen. Der alte Slonimski erkannte bald seine Fähigkeiten und berief den kaum 20-Jährigen zum Mitredakteur der damals bedeutendsten jüdischen Tageszeitung „Hazefirah“. Seit dem ersten zionistischen Kongresse trat er mit seiner ganzen Tatkraft für die zionistische Idee ein. Als Mitglied des „E. A. C.“ leistete er während des Krieges Grosses für das jüdische Volk, zuerst in Kopenhagen, dann in London. Bekannt ist seine Audienz beim Papst. Derzeit ist Sokolow jüdischer Delegierter zur Friedenskonferenz und Leiter des Büros in Paris.

Empfang Professor Weizmanns durch Präsident Wilson.

Präsident Wilson hat nach seiner Rückkehr aus Italien, in Paris Professor Weizmann in Audienz empfangen.

Die Koalition anerkennt die Juden als verbündete Macht.

Aus London wird mitgeteilt, dass die Entente aus Dank für die Anteilnahme jüdischer Legionen auf der Seite der Koalition, das Recht des Jüdischen Volkes auf der Friedenskonferenz eigene Vertreter zu haben, anerkannt hat. *Louis Brandeis* nnd Nahum *Sokolow* haben von den Ententeregierungen eine Einladung erhalten, als ständige Delegation des jüdischen Volkes und des Jüdischen Staates in Palästina, an der Friedenskonferenz teilzunehmen.

Die zionistischen Bestrebungen.

Das „Jüdische Korrespondenz Büro Bern-Zürich“ gibt eine Meldung der „Zeit“ aus Kopenhagen vom 3. Jan. wieder, dass die Aussichten für die Verwirklichung der zionistischen Forderungen bei der Friedenskonferenz überaus günstig sind. *Balfour* erklärte, dass seine ursprünglichen Zusicherungen als blosses *Minimum* der jüdischen Hoffnungen aufzufassen seien. Die Zionisten haben mit Wilson in Paris eine Zusammenkunft verabredet, auf der endgültige Beschlüsse gefasst werden sollen.

Pogrome in Gitomir und Berditschew.

Die „Polnische Telegraphenagentur“ meldet, dass in Gitomir und Berditschew durch Pogrome einige tausend Personen zu Schaden gekommen und 700 Juden getötet worden seien. Auf unsere telegraphische Anfrage beim Jüdischen Nationalrat in Wien erhielten wir heute folgende Depesche: „Jüdische Presszentrale Zürich. Ukrainische Pogrome von hiesiger ukrainischer Vertretung dementiert. Ostjüdische Zeitungen bringen keine Meldungen. Judpress.“

Warschau. Wilna wurde am 5. Januar von den Bolschewiki eingenommen, nachdem es vom 2. bis 5. Januar im Besitze der Polen gewesen war.

(Polnische Telegraphenagentur.)

Chronik.

Polen.

Die Alliierten und Polen.

Dem „Jewish Chronicle“ entnehmen wir folgende Betrachtungen: „Als Juden können wir nicht aufhören unsere Aufmerksamkeit Allem, was in Polen vorgeht, zu schenken. Die letzten Ereignisse haben uns gezeigt, dass wir es dort mit den gefährlichsten, kummervollsten und schwierigsten Aufgaben zu tun haben. Wir müssen daher unseren schärfsten Protest gegen die Politik, die jetzt augenscheinlich von den Allierten den polnischen Parteien gegenüber eingeschlagen wird, erheben. Nach den Reden des französischen Aussenministers *Pichon* zu urteilen, soll das Polnische National-Komitee, an dessen Spitze der berüchtigte Antisemit Dmowski steht, von den Allierten auch weiterhin unterstützt werden. Einem solchen Manne und somit auch seiner Politik zur Macht zu verhelfen, ist nicht nur eine Ermunterung seines antisemitischen Handelns, sondern auch eine enorme Verschärfung des jüdischen Problems in Russland und damit drückt man gleichzeitig dem fortwährenden Antisemitismus den Stempel der demokratischen Westmächte auf.

Konferenz des Vertreters der Koalition, Oberstleutnant Wade, mit den Jüdisch-Nationalen in Warschau.

Oberstleutnant *Wade* lud die Vertreter der zionistischen Organisation, die Herren *Podlischewski* und Adv. *Grünbaum*, zu sich, um sich bei ihnen über die Stimmung der polnischen Juden betreffs Palästina und die nationalen Rechte in Palästina, zu informieren. Die zionistischen Führer haben dem Vertreter der Koalition die Lage der Juden in Polen, die Pogrome und die Namen und Personen der zionistischen Geiseln geschildert und erklärt, die Juden seien bereit, sich mit den Polen auf Grund der Anerkennung der jüdisch-nationalen Minderheitsrechte zu verständigen. Oberstlt. Wade brachte die Sympathie der englischen Regierung für die Juden zum Ausdruck und bat, man möge ihm die jüdisch-nationalen Forderungen schriftlich überreichen. Freitag hat Oberstl. Wade den Vorsteher der jüdischen Volkspartei, Herrn N. *Priluzky*, empfangen, der ihm das Material über die Pogrome vorlegte, das auf den Oberstlt. einen starken Eindruck gemacht hat.

Protestmeeting gegen die Pogrome in New-York.

Aus Stockholm wird gedrahtet: Ein überwältigendes Protestmeeting fand gegen die polnischen Pogrome in Madison Square Garden in New-York statt. Als Hauptredner sprachen: *Jakob Schiff, Schalom Asch, Major London.* Schiff verlas Telegramme galizischer Rabbiner über die Greuel in Galizien. Er nannte *Dmowski*, das Haupt des von den Vereinigten Staaten anerkannten polnischen Nationalkomitees in Paris, den Organisator des Judenboykotts, den Hauptschuldigen des bestialischen polnischen Antisemitismus. Schiff forderte die Nichtzulassung Dmowskis zur Friedenskonfenz durch die Vereinigten Staaten. *Polens Selbstständigkeit dürfe nicht eher sanktioniert werden, als die jüdischen Rechte sichergestellt seien.* In einem Zustimmungstelegramm des Speaker des Kongresses, Mr. Clark, wurden die Pogrome idiotisch und verbrecherisch genannt und die Hoffnung ausgedrückt, der Friedenskongress werde diesen Greueln für immer ein Ende setzen. Die Protestresolution soll durch das Washingtoner Staatsdepartement dem Friedenskongress übermittelt werden.

London. Am 7. Januar veröffentlichte das vereinigte Auslandskomitee des Board of Deputies und der Anglo-Jewish Association einen aus massgebenden Quellen geschöpften, detaillierten Bericht über die Pogrome. Es wird nachgewiesen, dass die Pogrome planmässig durch die national-demokratische Partei der Polen und durch Regierungskreise organisiert wurden; ebenso wird das passive Verhalten der Intelliganz beleuchtet.

— Der *„Manchester Guardian“* erhebt in einem Leitartikel einen schweren Angriff gegen *Dmowski*. Dmowskis Geist liege den Pogromen zu Grunde. Dmowski sei von den Alliierten als Vertreter Polens ausersehen. Die Regierungen aller Länder aber müssten alle Beziehungen mit den, für die Pogrome verantwortlichen polnischen reaktionären Parteien, abbrechen.

Galizien.

— Die Kommission zur Nachforschung der Ursachen der antijüdischen Exzesse, die von der polnischen Liquidierungskommission eingesetzt ist, meldet, dass in nachfolgonden Orten Strafuntersuchungen wegen der im November v. J. in *Westgalizien* stattgefundenen Unruhen eingeleitet worden sind: Kety, Sanok, Kroscienko, Dynow, Tarnobrzeg, Nisko, Milowce, Jaroslau, Myslenice, Makow, Dabrowa, Baligrod, Bukowsko, Rymanow, Brzozow, Glogow, Zabno, Dobczyce, Limanowa, Ropczyce, Zmigrod, Saybusch, Strzyzow, Skawinia, Liszki, Zakliczyn, Tyczyn, Jaworzno, Radomysl, Sucha, Rzeszow, Kalwarya und Andrekow.

Warschau. Am 3. Januar begab sich eine spezielle Untersuchungskommission nach Lemberg. Ihr gehören an: Der Präsident des obersten Gerichtshofes Dymowicz, Kreisgerichtsprokurator Wessolowski, Untersuchungsrichter Koss und vom Kriegsministerium Oberst Dr. Bielski und Richter Liskowski.

Bochnia. Auch hier fanden Exzesse gegen Juden statt. Man raubte und plünderte und es gab auch einige Verwundete. Dank dem energischen Vorgehen der Behörden, was wir mit Anerkennung hervorheben wollen, wurden die Unruhen bald unterdrückt.

(Wiener Morgenzeitung.)

Krakau. Aus England ist hierher Herr Israel *Kohan* als Delegierter englischer zionistischer Zeitungen gekommen, um die Judenfrage in Polen zu studieren. Herr Kohan ist auch Korrespondent der „Times“ und „Westminster Gazette“. Man erwartet hier die Ankunft einer weiteren zahlreichen Delegation.

Ukraine.

Kiew. Hier fanden Beratungen zwischen den Mitgliedern des national-jüdischen Sekretariats, den Herren L. Kaplan, M. Kleinmann und Dr. Schwarzmann mit dem Vorsitzenden des Direktoriums, *Winiczenko*, in Angelegenheit der Central-Organe der Jüdischen Autonomie und ihres Verhältnisses zur Regierung, statt. Das Jüdische Sekretariat verlangte die Kreierung eines Staats-Sekretärs für Jüdische Angelegenheiten der von der Jüdischen Nationalversammlung gewählt werden und für die allgemeine Regierungspolitik nicht verantwortlich sein soll, wie auch die Anerkennung der provisorischen Nationalversammlung als oberstes gesetzgebendes Organ des Jüdischen Volkes.

Die jüdisch-nationale Autonomie in der Ukraine.

Eine Delegation des jüdisch-nationalen Sekretariats (Tiemkin, Kleinmann und Grünfeld) begrüsste das Ukrainische Direktorium namens der jüdischen Bevölkerung in der Ukraine. In der Begrüssung wurde u. a. gesagt: „Die volle Verwirklichung der national-personalen Autonomie ist die beste Garantie für das weitere freundliche Zusammenleben aller Völker der Ukrainischen Republik“.

(Kiewer Jüdisches Pressbureau.)

Der Verkehr von Odessa nach Palästina eröffnet.

Der Warschauer „Hajnt“ berichtet: „Aus Odessa Ankommende melden, dass ein regulärer Verkehr von Odessa nach Palästina bereits aufgenommen worden ist. Die Schiffe kursieren bis Konstantinopel, von wo das Weiterreisen nach Palästina ziemlich leicht ist. Die Reise von Odessa nach Konstantinopel dauert 1½, von Konstantinopel bis Jaffa 5 bis 6 Tage.

Konferenz der jüdischen Gemeinden in der Krim.

In *Sinferopel* fand eine Zusammeukunft aller jüdischen Gemeinden aus der Krim statt, die vom Ministerpräsidenten und dem Minister des Aeussern *Winawer* begrüsst wurde. Die Konferenz sandte ein Begrüssungsschreiben an das Jüdische Sekretariat in der Ukraine.

Kiew. Aus Sebastopol meldet man: Eine Delegation der zionistischen Organisation in der Krim besuchte den Kommandanten der englischen Flotte, Admiral *Kolsorp*. In der überreichten Adresse begrüsste die Delegation das englische Volk, das die Rechte der jüdischen Nation auf Palästina anerkannt hat und ersuchte den Admiral um baldige Wiederherstellung des Post- und Telegraphenverkehrs, wie auch der Schiffsverbindung mit Palästina. Der Admiral versprach, mit seiner Regierung sich diesbezüglich in Verbindung zu setzen. Eine Abordnung der jüdischen Ortsgemeinde lenkte die Aufmerksamkeit des Admirals auf die Judenverfolgungen in Polen uud Galzien.

Russland.

Vereinigung der Juden des ehemaligen Gross-Russland.

Kiew. Im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen tauchte in jüdischen politischen Kreisen der Gedanke auf, die Tätigkeit der jüdischen Zentralorgane, die in den Einzelstaaten des ehemaligen russischen Teritoriums entstanden sind, zusammenzufassen. Das jüdische Nationalsekretariat beschloss zu diesem Zwecke eine permanente Beratung der jüdischen Zentralorgane Gross-Russlands, der Ukraine, Litauens und Weissrusslands zu schaffen. Diese Körperschaft soll später eine Vertretung wählen, die bevollmächtigt wäre im Namen des russländischen Judentums aufzutreten, um seine nationalen und politischen Forderungen durchzusetzen.

— „Bergens Aftenblad“ veröffentlicht Mitteilungen eines englischen Industriellen, der von den Bolschewiki in Samara festgenommen worden war und dann entfliehen konnte. Seiner Ansicht nach sind die Tage der Bolschewikiregierung gezählt. *Ein Judenpogrom ist nahe bevorstehend.*

Diese Information bestätigt die von einem Russland-Schweizer der „J.P.Z." mitgeteilten Aeusserung *Trotzkis,* der Bolschewismus dürfte sich nicht lange halten und bedauere er schon jetzt, dass seine *jüdischen Brüder wegen seiner Politik viel zu leiden haben dürften*, was ihm sehr leid tue.

Deutsch-Oesterreich.

Palästina-Woche in Wien.

Vom 16. bis 23. Januar findet in Wien eine Palästinawoche statt. Verschiedene Veranstaltungen sollen dazu beitragen, einen Fonds zur Gründung einer landwirtschaftlichen Schule in Wien für jüdische Kreise, die sich für Agrikulturarbeiten in Palästina vorbereiten wollen, zu gründen.

Gründung einer Vereinigung jüdischer geistiger Arbeiter.

Anfang Januar konstituierte sich in Wien die „Vereinigung jüdischer Forscher, Schriftsteller und Künstler „Haruach". Sie steht auf national-jüdischem Boden, bezweckt die Wahrung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der jüdischen Geistesarbeiter und verfolgt im allgemeinen die Untersützung jüdisch kultureller Bestrebungen. Ins Präsidium wurden Dr. Harry *Torzyner*, Privatdezent an der Wiener Universität, Schriftsteller Jakob *Krausz* und Malerin Blanca *Lipschütz* gewählt.

— Der Verein jüdisch-sozialistischer Hochschüler „Chéruth" in Wien, der durch den Krieg seine Tätigkeit einstellen musste, hat wieder seine Arbeit aufgenommen. Durch Kurse und Vorträge werden die Genossen zum jüdischen Sozialismus erzogen und über die aktuellen, nationalen und sozialen Probleme aufgeklärt. Der Verein steht im engen Kontakt mit der jüdischen Arbeiterklasse.

(„Der Jiddischer Arbeiter", Wien)

— In Wien fand vor einigen Tagen eine Versammlung der Orthodoxen statt, welche beschloss, eine Vereinigung zu gründen, um „Jischub Erez Isroel" (Besiedlung Palästinas) auf gesetzestreuer, traditioneller Grundlage zu pflegen. Es wurde ein Komitee gebildet, an dessen Spitze die Herren Dr. Nathan *Birnbaum* und Wolf *Pappenheim* stehen. Ferner ist beabsichtigt, dahin zu streben, die überall bestehenden orthodoxen Körperschaften für die Kolonisation Palästinas zu einer *Weltorganisation* zu vereinigen. Ein geringer Teil der Wiener Orthodoxie ist für den Anschluss an den Zionismus, da nach deren Anschauung auch im Verein mit dieser Palästinaarbeit auf gesetzestreuer Basis geleistet werden kann.

Ungarn.

„Ahawa"-Organisation.

Unter dem Vorsitze Samuel *Bettelheims* fand dieser Tage die konstituierende Sitzung des Verbandes „Ahawa" (nach der hebräischen Abbreviatur Agudat hajehudim beerez hungaria) statt. Der Verband bezweckt die Zusammenfassung aller Richtungen des Judentumes auf demokratischer Basis. Der Verband gliedert sich in Logen, in denen jede Schattierung sich in ihrer Ueberzeugung ausleben und in ihrer Wesensart vertiefen kann. Die Logen sind in der Grossloge durch ihre Delegationen vertreten und beraten gemeinsam über allgemeine Fragen des Judentumes. Es besteht bereits eine „Jabne-Loge", Verband der gewesenen Hörer ungarischer Jeschiwoth, die sich am besten entwickelt und auch chassidische Kreise zu ihren Förderern zählt, die „Reines-Loge" Verband der Hebraisten, eine „Moria-Loge", Verband jüdischer Frauen und Mädchen, „Herzl-Loge", Verband der Zionisten und eine Neologen Loge. Die Delegierten der verschiedenen Logen vereinigen sich in der Grossloge in Budapest, welche den Namen „Louis D. Brandeis" trägt. Der Verband zählte schon im ersten Monat mehr als 1000 Mitglieder und entwickelte sich rasch. Die gute Aufnahme, welche dieser Gedanke gefunden hat, führte zu dem Entschlusse, die Idee auch ausserhalb Ungarns zur Geltung zu bringen und wird ein Komitée für den Verband „Agudat hajehudim bechol haolam" gegründet werden. Ins Präsidium des Verbandes wurden gewählt, Samuel Bettelheim, die Feldrabbiner Deutsch und Lemberger, die Rabbiner Gross und Herschowitz, Mantel, Löwy, Rath, Lamm u. a.

Zum Organ des Verbandes wurde die „Ungarländische jüdische Zeitung" ersehen, welche nunmehr unter dem Namen „Die Zukunft" weiter erscheinen wird.

Tschecho-slovakischer Staat.

Die Vereinigung der mitteleuropäischen Völker und die Juden.

Das Prager „Jüdische Pressbureau" meldet: Präsident *Masaryk* hat in seiner Botschaft vom 22. Dezember von einer Mitteleuropäischen Völkerunion gesprochen. Zu den 12 Völkern die zu dieser Union gehören sollen, zählt auch das *Jüdische Volk.* Auch auf dem Kongresse der unterdrückten Nationen, der vor einigen Monaten unter dem Vorsitz von Masaryk stattgefunden hatte, war das jüdische Volk durch eine zionistische Delegation vertreten.

— Vor der Besetzung Pressburgs durch die Tschechen liessen jüdische Assimilanten aus Böhmen, Aufrufe an die Juden der Slowakei aus über der Stadt kreisenden Aeroplanen abwerfen, in denen sie proklamierten: „Die tschecho-slowakische Republik bis Pressburg ist als Tatsache von der ganzen Kulturwelt garantiert. Das Weltgericht hat entschieden, nehmet das Urteil ein. Seid Euch also bewusst, wohin Ihr geht. Wir jüdische Tschechen sind gleichberechtigte Bürger des tschecho-slowakischen Staates. Die Tschechen haben von uns nie verlangt, dass wir uns gegen den Sinn der jüdischen Geschichte versündigen.

Bleibet treu Eurer nationalen Ueberzeugung! Vergesset aber nicht, dass Ihr verpflichtet seid zur Treue dem tschecho-slowakischen Staat gegenüber".

Unterzeichnet für die akademischen Juden: Eduard Lederer, Dr. Cohn, Rabbiner Dr. Kraus u. a.

Rumänien.

Die Gleichberechtigung der Juden in Rumänien Gesetz.

Das „Jüdische Korrespondenzbureau Bern-Zürich" verbreitet folgende, dem „Echo de Paris" vom 5. Jan. entnommene Meldung: Das Zentralkonsistorium der französischen Juden wandte sich an den Gesandten

Rumäniens in Paris, *Antonescu*, mit dem Hinweis, dass die Zeit für die Lösung der Judenfrage in Rumänien gekommen sei. Herr Antonescu erwiderte in einem an den Präsidenten des Konsistoriums, Baron E. von *Rothschild*, gerichteten Schreiben, dem wir den wesentlichen Passus entnehmen: „Mit Recht erinnern Sie mich, dass Herr *Bratianu* in der Sitzung vom 10./23. Juni 1917 der rumänischen konstituierenden Versammlung die Dringlichkeit einer durchaus liberalen und vollständigen Lösung der jüdischen Frage anerkannt hat. Herr Bratianu, aufs neue Ministerpräsident geworden, hält sein Versprechen und vollendet den Akt der völligen, so lang erwarteten Emanzipation. Durch ein vom 23. Dez. 1918 datiertes Telegramm aus Bukarest, teilt mir Herr Bratianu mit, dass ein Dekret, das *allen in Rumänien geborenen Juden das Bürgerrecht gewährt,* in diesen Tagen Gesetzeskraft erlangt.“ Das „Jüdische Korrespondenzbureau“ bemerkt dazu: Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass die Bürgerrechte nur Juden, die ihre Geburt im Lande nachweisen können, gewährt werden sollen. Kenner der Verhältnisse, die wissen, dass dieser Nachweis besonders bei der ältern Generation schwierig sein dürfte, werden von diesem Gesetze keine grosse Veränderung in den tatsächlichen Verhältnissen der Juden erwarten.

Frankreich.

Die französischen Ansprüche im Orient.

Die Pariser Zeitschrift „La Palestine Nouvelle“ veröffentlich einen Artikel, in welchem zu den neulich von französischen Politikern angemeldeten Ansprüchen in Palästina und Syrien Stellung genommen wird. Es verweist darauf, dass zwischen dem Minister des Aeussern *Pichon* und dem Vertreter der zionistischen Organisation *Nahum Sokolow* eine offizielle Vereinbarung getroffen sei, deren einzelne Punkte der „Temps“ veröffentlich hat.

— Das Jüd. Pressbüreau Wien meldet: Georges *Picot*, der als Oberkommissär der französischen Republik in Palästina und Syrien war, hielt vor dem zionistischen Studienkomitee in Paris eine Ansprache, in welcher er sagte: „Ich freue mich, im Namen der französischen Regierung aussprechen zu können, dass sie mit ganzem Herzen den Bemühungen endgiltig und auf praktisher Weise die Schaffung einer Heimstätte in Palästina zu sichern, sich zugesellt und die Vertreter der französischen Judenheit auffordert, sich diesen Bestrebungen wirksam anzuschliessen“. Picot hat als Milglied der französischen Gesandtschaft in London die Verhandlungen mit den englischen Zionisten geleitet; in deren Verlauf am 20, April 1917 Namens der französischen Regierung erklärt wurde, dass diese die Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina begünstige,

Dazu bemerkt das „Jüd. Pressbüro Wien“; Diese Mitteilung ist umso wichtiger, als in letzter Zeit von französischen Politikern zum Ausdruck gebracht wurde, dass Frankreich ziemlich weitgehende Ansprüche hinsichtlich Syriens und Palästinas zu stellen beabsichtigt.

— Der „Manchester Guardian“ vom 8. Januar bringt unter dem Titel „Die Rolle Frankreichs“ einen Spezialbericht über den kürzlich in Marseille abgehaltenen Kongress des syrischen Komitees in Paris, der zu den wichtigsten Ereignissen der letzten Tage gehört. *Chekri Gamen*, Präsident des Zentral-syrischen Komitees, 600,000 Personen repräsentierend, sprach zugunsten einer vereinigten Förderation des autonomen Syrien unter Frankreichs Protektorat, und griff die willkürliche Teilung Syriens, an die in der französisch-britischen Abmachung von 1916, vorgesehen war. Der Kongress nahm verschiedene Resolutionen an inbezug auf Etablierung und Ausbau von Verkehrsmitteln, Ausgestaltung der kommerziellen Gesetzgebung nach den Grundsätzen der französischen Legislative, Abschaffung der alten telegraphischen, postalischen und kommerziellen Beschränkungen, Wiederherstellung des freien Im- und Exports, Errichtung von Museen in den hauptsächlichsten Zentren speziell in Jerusalem, Beyruth und Damaskus, ferner Ausbau des Unterrichts in der französischen Sprache in Syrien und Etablierung einer französischen Schule der arabischen und muselmanischen Wissenschaft in Damaskus.

Dazu bringt der „Manchester Guardian“ folgende *A „Syrien“ Congress* überschriebene redaktionelle Notiz. „Unter den Auspizien des syrischen Komitees in Paris, wurde soeben in Marseille ein Kongress abgehalten, der eine Resolution dahingehend annahm, *ganz Syrien* unter französisches Protektorat zu stellen. Der Führer dieses Unternehmens ist, wie Emir Feysul bemerkte, ein Mann der etwa 40 Jahre lang fern von Syrien gelebt hat. Das Pariser „syrische“ Komitee besitzt keine repräsentative Eigenschaft. Niemand hat ein besseres Recht für die Völker arabischer Zunge zu sprechen, als Emir Feysul und er hat kein Hehl aus seiner sehr strengen Bewertung der von dem „syrischen“ Komitee in Paris gefassten Beschlüsse. In der Tat, der Eifer dieser Körperschaft geht über den des französischen Auswärtigen Amtes hinaus. Pichon unterschied in seiner Rede während der Debatte in der französischen Kammer zwischen Syrien, dem Libanon und Palästina. Ein Unterschied, den das Komitee aufhebt in dem allumfassenden „Syrien“. Aus der Rede Pichons und aus den französischen Zeitungen geht hervor, der gegenwärtige Zweck der französischen Politik gehe dahin, Palästina den Engländern zu konzedieren und all den Rest, wie den weiteren Norden, Cilicia incl. Damaskus und Aleppo für Frankreich zu nehmen. Dies involviert eine beträchtliche Modifikation der geheimen Abmachung von 1916. Dieser Vertrag sah einen arabischen Staat vor, oder einen Gürtel von arabischen Staaten, der sich von Hedjaz über Damaskus nach Aleppo erstrecken und einen Puffer zwischen der britischen und französischen Einflussphäre bilden sollte. Der Wechsel, augenscheinlich vorgesehen durch das französische Auswärtige Amt, ist, so will es scheinen, ein Wechsel auf Kosten des arabischen Staates. Es wäre gut, dass das französische Auswärtige Amt einsehe, dass die geheime Abmachung von 1916 nicht aufrecht bleiben kann. Aber die französische Diplomatie müsste noch viel weiter gehen, wenn sie ihren Frieden im Geiste der Zeit machen will. Die Neuordnung darf nicht ein neuer diplomatischer Handel sein, sondern ein Arrangement das der jüdischen, arabischen und armenischen Nation Gerechtigkeit angedeihen lässt.

Italien.

Rom. Das offizielle Organ des Vatikan „Osservatore Romano“ dementiert die Nachricht über eine bevorstehende Veröffentlichung betreffend die Palästinafrage, an der der Vatikan arbeite und die bereits an die amerikanischen Botschafter in Paris und London verschickt worden sei.

England.

Mr. Zangwill und das arabische Problem.

Die letzthin von *Zangwill* im „Jewish Chronicle“ geäusserte Meinung über die arabische Frage hat vielseitige und scharfe Kritik hervorgerufen und führte zu offenem Briefwechsel zwischen ihm und Mr. *Lucien Wolf.* In seiner, in sehr höflicher Form gehaltenen Erwiderung, bemerkt Zangwill, über diese schwere und vitale Frage, sowie über seine eigenen Anregungen und Wünsche, könne nur unter dem Gesichtspunkte der neuen „Wilsonschen Welt“, ausgestattet mit einem Völkerbund, dessen präliminäre Aufgabe, die Umgestaltung der Staaten nach dem Nationalitätenprizip sein muss, diskutiert werden.

Konferenz der englischen Poale-Zionisten.

In London fand eine ausserordentlich stark besuchte Konferenz der englischen Poale-Zionisten statt. Sie bestätigte in der, Palästina betreffende Souverenitätsfrage, die Beschlüsse der Manchester-Konferenz, welche die Idee einer englisch-jüdischen Kronkolonie zurückwies. England soll nur ein befristetes Mandat für die Verwaltung des Landes erhalten, die jüdische Selbstbestimmung muss in jeder Hinsicht vollkommen sein. Eine sehr lebhafte Debatte entspann sich über das Verhältnis der zionistischen Arbeiterpartei zur allgemeinen zionistischen Organisation. Die Konferenz beschloss eine energische Aktion des Verbandsbureaus in Stockholm zur *Einberufung eines Weltkongresses der jüdischen Arbeiter* zu veranlassen, zusammen mit dem jüdisch-nationalen Arbeiterrat die Initiative für die Veranstaltung eines jüdischen Kongresses der englischen Judenheit zu ergreifen und für einen jüdischen Weltkongress zu arbeiten.

— Dr. *Weizmann* sandte an die in Manchester abgehaltene Misrachi-Konferenz ein Begrüssungstelegramm, in welchem er äusserte: Die religiösen Juden sind die Stütze der jüdischen Nation und man benötige ihre Mithilfe in diesem Moment, um die alten jüdischen Rechte zu verteidigen.

Zu den Parlamentswahlen in England.

London. Während der Parlamentswahlen sind in England 11 Juden, die alle der Koalition angehören, zu Abgeordneten gewählt worden. Einer der gewählten Kanditaten ist Major J. B. *Cohen*, der auf dem Schlachtfelde beide Beine verlor. Alfred *Mond,* der der jüdischen nationalistischen Sache freundlich gegenübersteht, ist trotz besonders starker Gegnerschaft, durchgedrungen. Weitere 11 jüdische Kanditaten, die hauptsächlich der Opposition angehörten, darunter der ehemalige Minister Herbert Samuel, sind durchgefallen. Das frühere Parlament zählte 16 jüdische Mitglieder.

Amerika.

Die Konstituierung des Jüdischen Staates eine der Friedensbedingungen.

Die Zionistische Föderation in Amerika veröffentlicht einen Bericht, laut welchem u. a. die Konstituierung des Jüdischen Staates in Palästina eine der Friedensbedingungen bilden wird. Die englische Regierung führt Unterhandlungen mit den Arabern, die Palästina bewohnen, und wünscht, die Araber möchten auf ihr Recht auf Palästina verzichten und die Juden als alleinige Machthaber im Lande anerkennen.

Die Art auf welche die englische Regierung die Etablierung des jüdischen Staates durchführen will, ist noch nicht bekannt. Es wird vermutet, dass die englische Regierung den Arabern verschiedene Konzessionen verspricht, falls sie auf Palästina verzichten. Ein Telegramm an die Zionistische Föderation in Amerika teilt mit, dass der Kriegsrat der Aliierten die Verwaltung der Palästina-Angelegenheiten den Zionisten übergeben will. Ihre Autorität wird jedoch nur bis zu den historischen Grenzen Palästinas reichen. (Wiener Morgenzeitung)

— Der vom amerikanischen Jüdischen Kongress gewählten jüdischen Friedensdelegation gehören an: Richter *Julian Mack,* Präsident der zionistischen Organisation in Amerika; *Stephen Wise,* Vizepräsident dieser Organisation; *Harry Cutler, Jacob de Haas, Joseph Barendess* (Zionisten); *Louis Marshall,* Vorsitzender des America Jewish Comité, Rabbiner *Löwenthal,* Vertreter der Orthodoxen, Dr. *Nachum Syrkin,* Poale-Zionist, *Morice Wintschewsky,* der Vertreter des antizionistischen Flügels der jüdischen Arbeiter. Zum Sekretär wurde *Bernard Richards* (Zionist, Sekretär der Exekutive des Kongresses) gewählt.

— Die zionistische Organisation in Amerika hat eine Aktion zur Sammlung von 3 Millionen Pfund zum Zwecke des Wiederaufbaues und der Wiedereinsetzung der jüdischen Kolonien und Institutionen in Palästina eingeleitet. Dieser Betrag soll innerhalb zweier Monate, d. h. bis 1. Februar, aufgebracht werden.

— Die jüdischen Hilfskomitees in Amerika haben beschlossen, in einigen Wochen fünf Millionen Dollar für die jüdischen Kriegsopfer in Osteuropa und Palästina aufzubringen. Die Sammelaktion ist in vollem Gange, alle jüdischen Organisationen beteiligen sich daran mit grossem Eifer. 2½ Milionen sind bereits gesammelt.

— Das grosse Newyorker arabische Tagblatt „Al-Hoda“ kündigt an, dass sich ein aus allen syrischen Elementen Amerikas zusammengesetztes Palästinakomitée gebildet hat, um den zionistischen Bestrebungen entgegenzuarbeiten. Das Komitée hegt keinerlei Abneigung gegen die jüdische Kolonie in Palästina, aber es opponiert gegen die Schaffung eines jüdischen Staates in Syrien. Man vernimmt andererseits, dass das britische Gouvernement die Führer der arabischen Bewegung in Kairo wissen liess, dass das Arabische auch weiterhin im palästinensischen Staate, der selbst auch fernerhin den ara-

bischen Charakter beibehalten wird, die offizielle Sprache bilden soll. Die Zionisten werden daselbst nur ein, eines jeglichen politischen Charakters entkleidetes Heim besitzen. (Spezialbericht der Tribune de Genève vom 11. Januar 1919.)

Holland.

Haag. Das „Jüdische Korrespondenzbüro" berichtet: Die Londoner Zionistenkonferenz der alliierten und neutralen Länder hat nur einen vorläufigen Charakter. Weizmann telegrafiert soeben, dass in Bälde ein *allgemeiner zionistischer Weltkongress* stattfinden wird.

— Der bekannte Kriegsberichterstatter *Leonhard Adelt* veröffentlichte in der „N. Fr. Pr." einen Bericht über den Lemberger Pogrom. Dieser Bericht wurde vom „Polnischen Korr. B." derart zugestutzt und verfälscht der holländischen Presse übergeben, dass diese zu scharfen Vorhaltungen gezwungen war. So schreibt der *Nieuwe Rotterdamsche Courant*, der immer sehr warm für die Rechte der Polen eingetreten ist, nach Konstatierung der tendenziösen Verdrehungen: „Die Art der Fabrikation der polnischen Dementis müssen wir scharf verdammen". Auch *Het Vaderland*, ein den Polen sehr freundlich gesinntes Organ, schreibt: „Im polnischen Auszuge wimmelt es von Ungenauigkeiten und Verdrehungen. Bei einer derartigen Probe unehrlicher Journalistik müssen wir zu unserem Bedauern feststellen, dass die polnische Berichterstattung über die Pogrome mit grösster Vorsicht aufzunehmen ist'. Der *Nieuwe Courant* schreibt: „Mit seinem Bericht hat sich das „Polnische Korrespondenzbureau" vor der öffentlichen Meinung vollends kompromitiert."

Palästina.

Rückkehr verbannter Juden nach Palästina

Am 12. Dezember trafen zumeist verbannte Juden aus Konstantinopel in Palästina ein. Der Dampfer führte die Judenflagge. Die Rückkehr war organisiert von dem Heimschaffungskomitee unter *Ruppin's* Leitung.

London. General *Allenby* hebt in seinem zusammenfassenden Bericht über den Feldzug in Palästina und Syrien die guten Kampfqualitäten der 38. und 39. (jüdischen) Bataillone der königlichen Füsiliere hervor.

Schweiz.

Jüdischer Studentenverband in der Schweiz.

Die am 11. und 12. Januar in Bern abgehaltene Delegiertenversammlung der jüdischen Studentenausschüsse sämtlicher Universitäten der Schweiz konstituierte sich zu einem *Zentralverband* mit Sitz in Zürich als der einzigen Vertretung der gesamten jüdischen Studentenschaft der Schweiz auf folgender Grundlage: 1. Anerkennung der Einheit des jüdisches Volkes und ihre Aufnahme in den Völkerbund. 2. Festsetzung Palästinas in der durch geschichtliche Ueberlieferung und der politischen und ökonomischen Notwendigkeiten bestimmten Grenzen als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes. 3. Nationale Autonomie auf kulturellem, sozialem und politischem Gebiete für die jüdische Bevölkerung der Länder mit Massensiedelungen sowie aller andern Ländern falls deren jüdische Bevölkerung Anspruch auf sie erhebt. 4. Volle und tatsächliche Gleichberechtigung aller Juden in allen Ländern.

— Der bekannte jüdische Feuilletonist und Pazifist Sch. *Gorelik* verlässt demnächst die Schweiz, um in Kopenhagen seine ganze Kraft in den Dienst der zionistischen Sache zu stellen. Bedauerlicherweise hatte er das Missgeschick, irrtümlicherweise des Bolschewismus bezichtigt zu werden, welcher Verdacht sich bald als Missverständnis aufgeklärt hat. Prof. August Forel, Romain Rolland u. a. Persönlichkeiten haben sich warm für ihn eingesetzt.

— Die Poale-Zionistische Delegation zum sozialistischen internationalen Kongress in der Schweiz setzt sich aus den Herren S. Kaplanski, Chazanowicz und Dr. Max Rosenfeld zusammen.

— Die von der „Jüdischen Presszentrale Zürich" in Nr. 5 ihrer Mitteilungen vom 3. Januar wiedergegebene antisemitische Rede des polnischen Sozialistenführers Daszynski wird jetzt von der „Agence Polonaise Centrale" in Lausanne in Nr. 724 ihres Bulletins vom 7. Januar, verbreitet.

Da diese Rede der Agence augenscheinlich noch nicht genug antisemitisch ist, unterschlägt sie charakteristischerweise den Schlussabsatz der folgende Worte enthält: „Damit will ich jedoch auch nicht einen Augenblick die Pogrome entschuldigen. Ein jeder muss sie verdammen, als etwas barbarisches, etwas, das geeignet ist, uns vor der Welt zu erniedrigen."

Diese, für den Westen zugestutzte Selbstverständlichkeit, scheint noch immer der „Agence" und ihrer kurzsichtigen Politik zu judenfreundlich zu sein.

Verlags-Notizen.

— Im Kommissionsverlag von Trösch in Olten ist ein Büchlein „*Das bolschewistische Regime in Russland*" von Dr. *Kossowsky* kürzlich erschienen. Der Verfasser ist Mitglied des Zentralkomitées der bekannten jüdischsozialdemokratischen Arbeiterorganisation „Der Bund" in Russland. Gegenüber den von polnischer Seite gegen den „Bund" erhobenen Beschuldigungen des Bolschewismus, sei nachdrücklich auf die entschiedene Stellungnahme dieses hervorragenden Mitgliedes gegen den Bolschewismus hingewiesen. In klaren, wohldurchdachten, mit zahlreichen authentischen Beispielen belegten Ausführungen schildert der Verfasser die Schreckensherrschaft der Bolschewiki in Russland. Er geht dann auf die theoretischen und realen Grundlagen der Sowietherrschaft ein und erweist ihre Unhaltbarkeit. Er erblickt in der, auf wahrhaft demokratischer Grundlage zustande gekommenen Nationalversammlung das Heil des unglücklichen Landes. Die Broschüre ist mit einem Vorwort von Nationalrat Greulich versehen.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Die Mitteilungen der „J.P.Z." erscheinen unperiodisch — Druck von Kopp-Tanner, Zürich